

Gute Arbeit – gutes Leben in NRW

ver.di NRW positioniert sich zur Landtagswahl 2022

▪ **Kurzfassung** ▪



Impressum:

Herausgeberin: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Karlstraße 123-127, 40210 Düsseldorf, Tel. 0211/61824-0

Karikaturen: Reinhard Alff

V.i.S.d.P.: Gabriele Schmidt, Landesbezirksleiterin ver.di NRW

Weitere Positionen und detaillierte Informationen inklusive des ausführlichen Handlungsprogramms finden sich unter <https://nrw.verdi.de/themen/landtagswahl-nrw-2022>

- **Altschuldenlösung für Kommunen - jetzt!**



Bei vielen Kommunen wird die Verschuldung zukünftig weiter ansteigen, wenn das Land (und der Bund) nicht die bestehenden „Kassenkredite“ übernehmen. Es besteht die Gefahr, dass weitere einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen die Handlungsfähigkeit der Kommunen bedrohen. Damit können sie dem Anspruch gleiche Lebensbedingungen (Chancen) für Bürger*innen in allen Städten zu sichern nicht gerecht werden.

ver.di fordert außerdem, dass alle coronabedingten Mehrkosten der Kommunen vom Land übernommen werden und auf eine Rückzahlung verzichtet wird.

- **Investitionen in die Infrastruktur – Zukunft gestalten!**

Die Herausforderungen sind riesig: marode Straßen und Brücken, fehlende Kita- und OGS Plätze, Ausstattung der Schulen, Ausbau des ÖPNV, schnelles Internet, bezahlbarer Wohnraum und lebenswerte Innenstädte, das alles hängt vor allem von der Finanzlage der Kommunen/Landkreise ab. Das muss sich ändern, wir brauchen eine Investitionsoffensive für ganz NRW.



- **Klimapolitik ökologisch, sozial und bezahlbar!**

Der öffentliche Nahverkehr muss endlich zügig ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern, weitere Flächen für Windkraftanlagen, den Aus- und Umbau der Stromnetze sowie mehr Strom- und Wärmespeicher. Es muss verstärkt in Energieeffizienz, Energieeinsparung und die Entwicklung alternativer erneuerbare Energiequellen wie grüner Wasserstoff investiert werden. Der Wandel ist sozialverträglich zu gestalten, d. h. auch in Qualifizierung zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Damit die Energiepreise und Mieten bezahlbar bleiben, müssen die Bürger*innen von Preissteigerungen entlastet werden.

- **Gesundheitssystem finanziell und personell besser ausstatten!**

Das Land NRW muss die Investitionskosten der Krankenhäuser/Kliniken übernehmen, damit diese Ausgaben nicht zu Lasten der Personalausstattung und damit letztendlich zu Lasten der Patient*innen gehen. Wir erwarten von einer zukünftigen Landesregierung Vorbildfunktion, indem sie den Weg für Tarifverhandlungen zur Entlastung des Personals in den Unikliniken NRW freimacht. Gesundheit ist keine Ware, deshalb dürfen keine weiteren Schließungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen stattfinden!

- **Bildungsgerechtigkeit für Alle!**

Frühkindliche Bildung in der Kindertagesstätte, im offenen Ganztags oder aber an den Schulen, Universitäten oder Berufskollegs: Die Ausstattung der Einrichtungen sowie die dortigen Arbeitsbedingungen sind teils katastrophal. Die Landespolitik muss gleiche Bildungschancen für alle sicherstellen, unabhängig von der Herkunft, dem Wohnort oder dem sozialen Umfeld. Jede*r hat ein Recht auf Bildung und den Zugang zu Bildungseinrichtungen. Dazu gehören ausreichend Beschäftigte in den Bildungseinrichtungen, die Wertschätzung und eine angemessene Bezahlung erhalten.



- **Allgemeinverbindliche Tarifverträge!**

Der strategischen Ausrichtung von Unternehmen Konkurrenzkämpfe durch Tariffucht auszutragen, nach dem Motto: „der niedrigste Tarifvertrag verspricht den größten Unternehmensgewinn“ muss Einhalt geboten werden. Die Landespolitik muss sich endlich für die Tarifbindung in allen Branchen stark machen und dort wo es erforderlich ist, wie z. B. im Handel für eine Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge mit einem einfachen Verfahren auf Bundesebene eintreten.

- **Ein Landestariftreue- und Vergabegesetz!**

Der öffentliche Dienst muss Vorbild sein und die Auftragsvergabe an Unternehmen an die Einhaltung von Tarifverträgen knüpfen. Damit wird die Tarifbindung gestärkt. Deshalb fordern wir die „Tariftreue“ bei öffentlichen Aufträgen und die Reform des Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG NRW). Weitere soziale Kriterien wie z. B. Frauenförderung und ökologische Kriterien müssen wieder im Gesetz Eingang finden.

- **Sonntagsarbeit – Nein Danke!**

Die Landespolitik steht in der Verantwortung endgültig klarzustellen, dass die Sonntagsarbeit – mit Ausnahme der Sicherstellung der Grundversorgung der Bürger*innen - unantastbar ist. Im Handel kämpfen wir stellvertretend für viele weitere Bereiche, wie die Logistik, die Callcenter, die Bibliotheken etc.! Die Sonntagsarbeit ist grundgesetzlich geschützt, auf das gesellschaftlich notwendige Maß zu beschränken und darf nicht dem Kommerz und Gewinnstreben der Unternehmen zum Opfer fallen. Deshalb erwarten wir, dass die bestehenden Gesetze daraufhin überprüft und revidiert werden.



• Gleichstellungspolitik endlich vorantreiben!

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist immer noch von strukturellen, ökonomischen und /oder individuellen Nachteilen für Frauen geprägt. Zudem sind es immer noch vorwiegend Frauen, die bspw. in der Sorgearbeit (Care-Arbeit) für die Familie eintreten. Nicht zuletzt durch die Pandemie wurden veraltete Rollenbilder erneut manifestiert und nicht ausreichend honoriert. Exemplarisch für die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen fordert ver.di u.a. ein Landesentgeltgleichheitsgesetz mit verpflichtender EG-Check-Überprüfung der Eingruppierung, um die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern weiter einzugrenzen bzw. abzuschaffen.

• Bezahlbares Wohnen für Alle!

Wohnen ist ein Menschenrecht, d.h. die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, ist auch staatliche Aufgabe und kann nicht allein dem Markt überlassen werden. Eine regulierende Landespolitik in Form eines wirksamen Mietendeckels, mehr sozialem Wohnungsbau, die Gründung einer Landesgesellschaft Wohnen ist notwendig. Die Privatisierung von öffentlichen Wohnungsbeständen muss beendet und eine aktive Bodenpolitik betrieben werden. Die Kommunen müssen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zur Stadtentwicklung nutzen können.

• Hohe Einkommen, Erbschaften und Eigentum endlich richtig besteuern!

Damit die notwendige Finanzierung der Forderungen gesichert werden kann, ist eine veränderte Steuerpolitik erforderlich. In der Pandemie haben sich die Vermögen in Deutschland exorbitant erhöht, während die Armut gewachsen ist. Eine verantwortliche Landespolitik mit dem Anspruch einer sozial, gerechten Politik muss sich auf Bundesebene für die Besteuerung von hohen Einkommen, Erbschaften und Eigentum sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einsetzen. Weitere Alternativen würden eine Finanztransaktions-, Kapitalertragssteuer oder eine Digitalisierungsabgabe bieten. Die Landesregierung muss sich wieder vermehrt um die Ahndung der Steuervermeidungsstrategien des Kapitals und der Verfolgung von Steuerhinterziehung widmen. Dazu gehört auch der Ankauf von Datenträgern mit „Steuersündern“.

• Wählen gehen – für eine Streitbare Demokratie!

Der Landesbezirk NRW steht für eine offene und demokratische Gesellschaft. Wir bleiben in unserer Haltung klar gegen Rechts und kämpfen gegen rechte Politik. Zusammenhalt und Solidarität sind Teil unserer Identität und unser Anspruch an die Politik. Wir fordern in dem Zusammenhang u.a. von der zukünftigen Landesregierung eine Entfristung der Stellen in NRW bei den mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus und den Opferberatungen und die Schaffung einer Stelle Antirassismusbeauftragte*r. Zudem braucht es endlich ein Demokratiefördergesetz in NRW, welches das Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass und für alle ab 16 Jahren ermöglicht.

